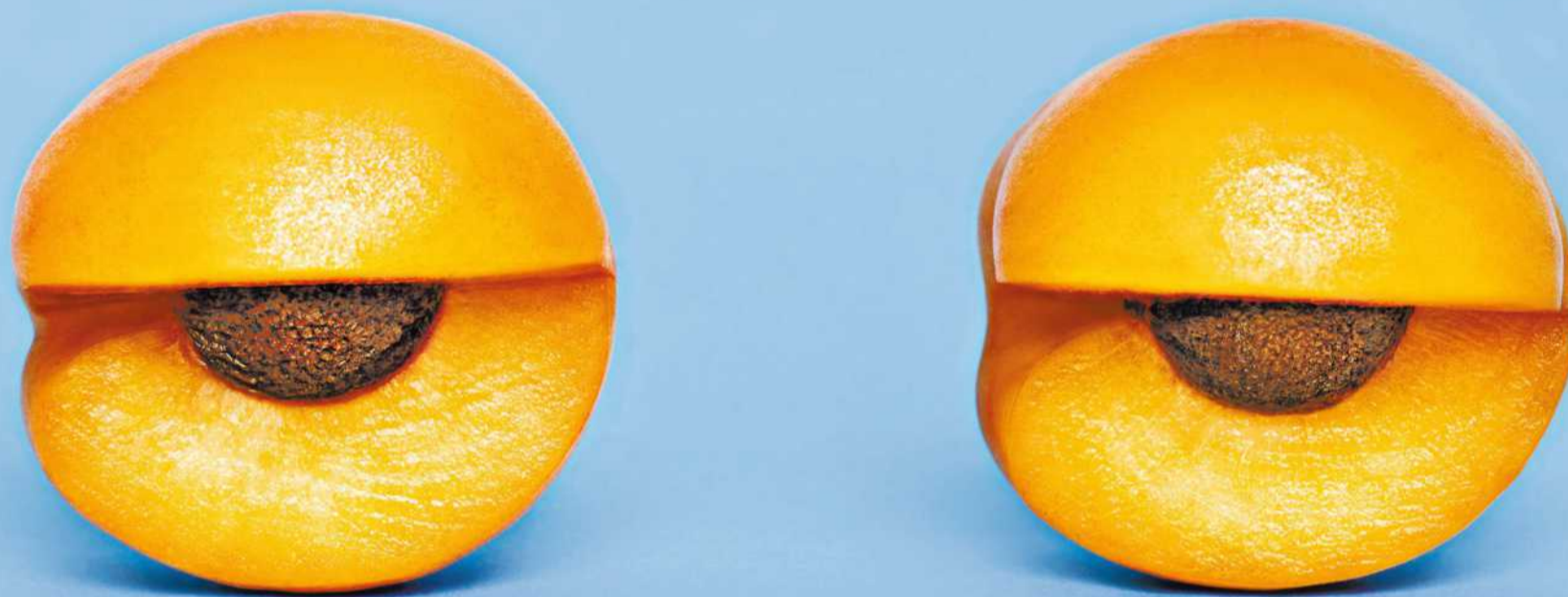


Die Wende zum



Weniger

Start der neuen ZEIT-Serie: Ist die Welt nur zu retten, wenn die Wirtschaft schrumpft? Ökonomen streiten darüber, doch die Verbraucher machen weiter wie bisher **VON UWE JEAN HEUSER**

Es ist die Herausforderung des Jahrhunderts: Sind unser Konsum und unsere Wirtschaft so zu verändern, dass die Natur überleben kann? Diejenigen, die das Problem lösen wollen, sind in zwei Gruppen gespalten: das Lager des »Mehr« und das Lager des »Weniger«.

Das Mehr-Lager denkt, die Welt ließe sich dadurch retten, dass die Wirtschaft weiter wächst und ihre Innovationskraft zum Wohle der Umwelt voll entfaltet. Dann, so die Logik, gibt es weniger Verteilungskämpfe als in einer schrumpfenden Volkswirtschaft. Allerdings müsse sich die Richtung des Wachstums ändern: weg von Materialverbrauch und Klimaschädigung, hin zu mehr Natur und Dienstleistung. Unsere Idee von Wohlstand müsste also eine ganz andere werden.

Der Schönheitsfehler: Das Mehr-Lager ist den Beweis, dass seine optimistische Theorie umsetzbar ist, bislang schuldig geblieben. Zwar gibt es Anzeichen, dass die Industrieländer Jahr für Jahr mit weniger Rohstoffen auskommen, selbst wenn ihre Wirtschaft wächst. Aber dem Klima hilft das bisher kaum: Der Ausstoß des Klimagases CO₂ steigt weltweit weiter an. Im Jahr 2019 stellte die Menschheit mit über 35 Milliarden Tonnen einen neuen, tieftraurigen Rekord auf.

Damit argumentiert das Weniger-Lager und fordert die Verkleinerung und Gesundumschrumpfung der Wirtschaft durch geringeren Konsum. Nur auf diese Weise werde sich der Planet erholen. Die Menschen könnten mehr Wert auf Freizeit und – etwa dank veganer Ernährung – auf gesünderes Leben legen. Sie seien doch vor zehn, zwanzig Jahren mit ihrem damals deutlich geringeren Wohlstand auch glücklich gewesen. Die Glücksforschung für Industrieländer zeige verlässlich, dass mehr Geld und Konsum die Zufriedenheit kaum noch steigern, wenn die Grundbedürfnisse befriedigt seien.

Dieses Glücksparadox wird tatsächlich von der Forschung bestätigt, doch es gibt auch andere Befunde. Zum Beispiel den, dass Menschen Verluste per se verabscheuen – egal ob es sich um ein Weniger im Vergleich zu früher oder im Vergleich zu anderen Personen oder Kohorten handelt. Die Menschen leiden sogar mehr unter Verlusten, als sie sich über Gewinne freuen können. Allein aufgrund dieses zutiefst menschlichen Charakterzugs dürfte eine »Wende zum Weniger« erhebliche Verwerfungen mit sich bringen.

In der Hochphase der Corona-Pandemie haben die Deutschen und andere Nationen immerhin bewiesen, dass sie mit weniger auskommen können. Sie haben es teilweise sogar genossen. Mehr Ruhe,

weniger Konsumterror, das schien fast schon eine Art neuer Glücksformel. Löst dieses erzwungene Innehalten bei manchen Verbrauchern also dauerhaftes Umdenken aus?

Wir baten die Deutschen in einer repräsentativen ZEIT-Umfrage um Antwort auf die Frage, ob und wie sich ihre Konsumhaltung und ihr Kaufverhalten während der Corona-Krise verändert haben. Darüber hinaus baten wir sieben berühmte Ökonominen und Ökonomen, für die ZEIT die Möglichkeit einer Wende zum Weniger auszuloten.

Eine konkludente Antwort hatten die Bundesbürger schon im Mai in den wiedereröffneten Läden und im Online-Handel gegeben: Der Umsatz im Einzelhandel stieg stärker, als er im April gefallen war. Und auch in der vom Marktforschungsinstitut Ifas durchgeführten ZEIT-Umfrage sagten sie mit überwältigender Mehrheit: Wir wollen weiter konsumieren wie gewohnt – nicht mehr als vor Corona, aber auch nicht weniger. Weder wollen wir verlorenen Konsum jetzt nachholen, noch wollen wir den Aufschwung herbeikufen. Wir wollen einfach zur Normalität zurück. Das alte ist also auch das neue »Normal«.

Offenbar hat Corona das Verhalten weniger nachhaltig verändert als vielfach erwartet. Nicht einmal die These, viele Verbraucher würden durch das Virus

dauerhaft zu Online-Shoppern, lässt sich halten. Und doch haben die Bundesbürger in Corona-Zeiten umgedacht. Eine Mehrheit gibt an, in der Pandemie erkannt zu haben, dass es Wichtigeres gibt als Konsum. Das passt zu Aussagen in verwandten Studien, man habe sich »auf die wahren Dinge des Lebens« besonnen.

Viele Menschen sagen auch, ihr Umweltbewusstsein sei gewachsen. Dass aus dem Umdenken dann so selten ein Umlenken wird, hat unter anderem soziale Gründe: Die Krise hat Menschen mit geringem Einkommen und wenig Aufstiegschancen besonders verunsichert. Sie glauben oft nicht, dass sie es sich jetzt noch leisten können, grün einzukaufen.

Weil sich die Wohlhabenderen zudem als träge erweisen, kann die Politik nicht hoffen, dass Corona allein den Wandel bringt. Will die Regierung eine Wende, egal welche, so muss sie dafür enorme Überzeugungsarbeit leisten. Es dürfte einfacher sein, einer Mehrheit die Wende durch Wachstum zu verkaufen. Doch schon eine Minderheit könnte die Wende zum Weniger auslösen: Verlören nur zehn Prozent der Verbraucher, zumal wohlhabende, ihre Kauflust, wäre es geschehen. Dass eine kleine Minderheit etwas ändern will, zeigt sich in der ZEIT-Umfrage.

Das ist ein Grund, warum unsere Gastautoren auf den nächsten Seiten das Schrumpfungsszenario kei-

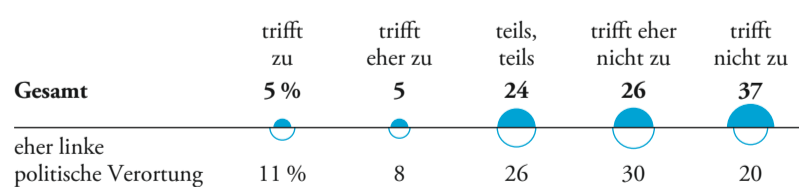
neswegs ausschließen. Zwei von ihnen streben sogar ausdrücklich an: der britische Bestsellerautor Tim Jackson, der Alternativen zum Konsumismus aufzeigen will, und der Amerikaner Dennis Meadows, der 1972 die Welt mit seiner Untergangsprognose *Die Grenzen des Wachstums* aufrüttelte. Warum der Weg dahin jedoch steinig würde, beschreibt der Papst der Wachstumsforschung, der Nobelpreisträger Robert Solow aus den USA.

Clemens Fuest vom Münchner Ifo-Institut lehnt die Wende zum Weniger hingegen ab. Sie schade gerade auch solchen Menschen, die sie gar nicht wollen. Fuest verteidigt die freie Konsumentscheidung. Die italienisch-britische Verfechterin eines starken Staates, Mariana Mazzucato, und der weltweit gefragte New Yorker Ökonom Jeffrey Sachs streben eine neue Art von Wachstum an. Und die deutsche Energieexpertin Claudia Kemfert beschreibt, was aus ihrer Sicht dazu nötig wäre.

Jede Leserin, jeder Leser möge sich ein eigenes Urteil bilden. Doch eines ist klar: Will sich das Mehr-Lager durchsetzen, muss es bald liefern und zeigen, dass das Projekt »Mehr Wohlstand trotz weniger Klimagift« funktioniert. Sonst kommt die Wende zum Weniger am Ende von ganz allein – ungeplant und ungewollt, weil die Menschheit an die Grenzen der Natur stößt. Dann würde es wirklich unangenehm.

Umfrage: Verändert Corona das Konsumverhalten?

Ich werde Einkäufe, auf die ich während der Corona-Pandemie verzichtet habe, nachholen.

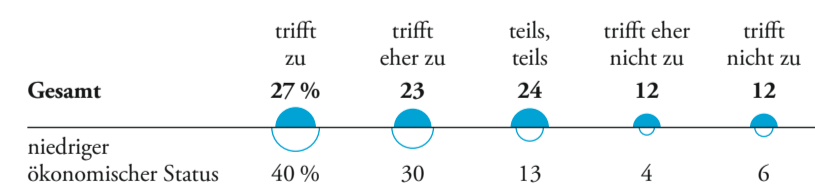


Werden Sie nach der Pandemie mehr oder weniger einkaufen?

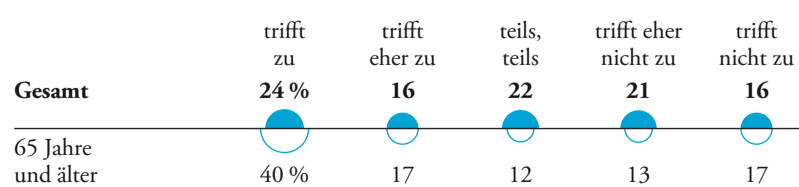
81 %

der Befragten sagen:
Das Shoppen geht weiter wie zuvor

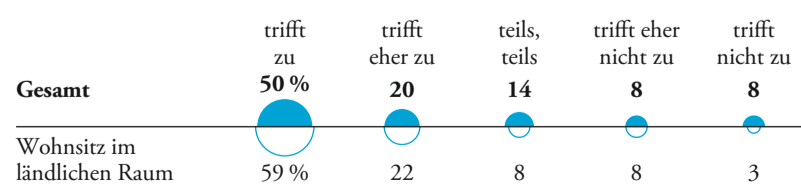
Die Corona-Pandemie hat mir gezeigt, dass ich gut auf Konsum verzichten kann.



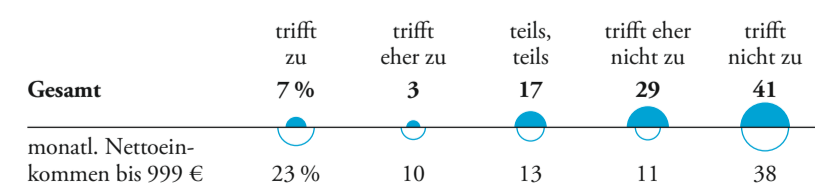
Nach der Corona-Krise werde ich beim Einkauf auf nachhaltige Produkte achten.



Die Corona-Pandemie hat mir gezeigt, dass es Wichtigeres gibt als Einkaufen.

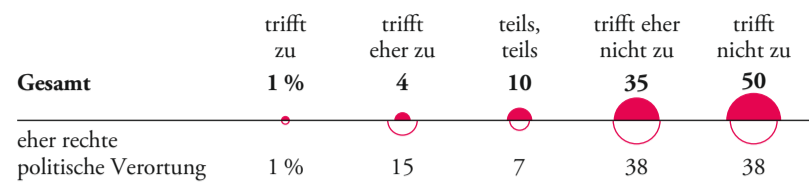


Ich werde mir nach der Corona-Pandemie nicht mehr so viele umweltfreundliche Produkte leisten können.

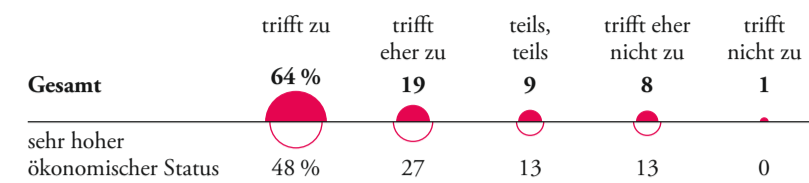


TITELTHEMA

Um die Wirtschaft nach der Corona-Pandemie wieder anzukurbeln, werde ich mehr einkaufen als bisher.



Nach der Pandemie wird mein Einkaufsverhalten genauso sein wie vorher.



Ist weniger Konsum kostbarer? Die Künstlerin Marion Luttenberger sucht neue Wahrheiten im Einfachen

Foto: Marion Luttenberger für DIE ZEIT

Geht es auch anders?

Sieben Ökonominnen und Ökonomen beschreiben, wie eine Wirtschaft ohne Wachstum aussähe – und wie eine Wende gelingen könnte

Fangen wir jetzt neu an!

von Tim Jackson

Strahlend erhob sich die Sonne über der höchstgelegenen Stadt der Alpen. Es war die dritte Januarwoche 2020, also erst vor ein paar Monaten – trotzdem scheint diese Welt heute weiter weg als der Mond. Die Steuerleute des Kapitalismus hatten sich für ihr jährliches Stelldichein versammelt: das World Economic Forum in Davos. Auch diesmal begann es wieder mit leidenschaftlichen Beteuerungen, wie erfolgreich man sei und wie viel erfolgreicher man noch zu werden gedenke. Und doch – es mehrten sich die Hinweise darauf, dass sich das System im chronischen Verfall befindet: So wenig Schnee wie diesmal hatte wohl noch nie gelegen, in Australien wüteten Großbrände. Dieser Januar ging als wärmster Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in die Geschichtsbücher ein.

Am Stadtrand von Davos wurden die Limousinen von Demonstranten unter Führung der 17-jährigen Aktivistin Greta Thunberg blockiert und umgeleitet. »Ist sie jetzt die Chefökonomin? Oder wer ist sie? Ich bin verwirrt«, spottete der US-Finanzminister. »Sie kann ja wiederkommen und uns alles erklären, wenn sie Wirtschaftswissenschaften studiert hat.« Ein Witz, über den keiner lachte. Der Minister wirkte wie eine Figur aus einem alten B-Movie, die ohne Gefühl für die neue Wut auf den Straßen blasierte Phrasen von sich gibt. Doch auch Polit-Saurier können den Klimaktivismus nicht mehr in die Ecke drängen. Man sollte ihn besser ernst nehmen.

Der Klimawandel war nicht der einzige Anlass zur Selbstkasteiung der Davos-Teilnehmer. Vielmehr wuchs die Einsicht, dass der Kapitalismus an sich in Schwierigkeiten war. Wem dafür die größte Schuld zukam, musste man noch klären – den Schuldenbergen? Den Handelskriegen? Dem politischen Populismus? Zu viele Menschen waren vom Kapitalismus abgehängt worden, Gier und verantwortungsloses Handeln hatten all seine Versprechen verdorben. Es war also der Kapitalismus höchstselbst, der für seine eigene Schwäche verantwortlich war: Sein sträflicher Umgang mit der Natur. Seine Entwertung der Arbeit. Der Würdegriff, in den er die Politik genom-

men hatte. Seine Verzerrung des Geldsystems. Sein Beharren wider jede Vernunft und Logik, dass das Mehr stets das Bessere sei. Doch wer das Wachstum infrage stellt, galt schon immer als Spinner, Idealist oder Revoluzzer.

Schon wenige Wochen später hatte das Wachstum Reißaus genommen. Land um Land verhängte den Shutdown. Wer zögerte, um seine Wirtschaft zu retten, wurde abgestraft. Und so erwachen wir überrascht in der Welt des Postwachstums. Auch ohne Corona war sie ja schon am Horizont erschienen. In den reichsten Nationen fiel das durchschnittliche Wachstum pro Kopf seit Mitte der 1960er-Jahre von über vier auf zuletzt gerade noch ein Prozent. Für dieses Jahr rechnet man beim globalen Wachstum mit einem Minus von fünf Prozent. Europas Wirtschaft dürfte doppelt so stark schrumpfen.

Es präsentiert sich eine geteilte und verarmte Welt. Auch in der Not sind es die Reichen und Privilegierten, die am besten über die Runden kommen, während die Arbeiter »an der Front« als tragische Fälle in die Covid-19-Statistiken eingehen. Doch die krasseste Botschaft ist, dass Regierungen zum Wohle der Gesundheit dramatisch intervenieren können. Um Arbeiter in Kurzarbeit zu schicken. Um Existenzen zu sichern. Um in die Pflege zu investieren.

Möglicherweise ist Postwachstum bereits das neue Normal – insbesondere für Europa. Die Krise bietet uns die einmalige Gelegenheit, die alten Wirtschaftsmodelle zu überarbeiten. Dieser Prozess hat bereits begonnen. Ein Großteil dessen, was als Reaktion auf die Pandemie in rasender Geschwindigkeit auf die Beine gestellt wurde, kann als Fundament für eine weiter reichende und grundlegende Erneuerung dienen.

An erster Stelle steht der Schutz von Existenzen. Bei der Pflege, dem Handwerk, dem Bildungswesen etwa sollte Kurzarbeit in Arbeitsplatzgarantien umgewandelt werden. Menschen müssen rasch umgeschult und fit gemacht werden für die Wirtschaft von morgen. Staatliche Anreizprogramme müssen zum Wechsel Richtung Postwachstumswirtschaft passen. Der Zeitpunkt war nie besser, die Infrastruktur für ein CO₂-armes Leben aufzubauen, denn jetzt sind die Menschen daran interessiert, die unbestritten positiven Folgen des Shutdowns zu bewahren: weniger Fahrzeuge auf den Straßen, ein aktiveres Leben, stärkere Gemeinden, belastbarere lokale Versorgungswege.

Natürlich wird das Argument kommen, das könnten wir uns nicht leisten angesichts hoher Staatsschulden. Doch auf die Verfechter einer neoliberalen Geldpolitik dürfen wir nicht hören – sie steuern uns in den gesellschaftlichen Kollaps. Vielmehr sollten wir alle zu Gebote stehenden Instrumente nutzen: den Schuldenerlass oder die Gesamthaltung der Staaten füreinander, Spaniens Vorschlag von nie zu tilgenden Schulden oder Zentralbanken, die Anleihen gleich vom Staat ohne Umweg über den Finanzmarkt kaufen und ihn somit auch direkt finanzieren.

Dank der Corona-Lektionen sind wir besser denn je dafür aufgestellt, den Übergang zu einem resilienten, nachhaltigen Wirtschaftssystem zu erkennen und zu realisieren. Unser Lohn wäre gewaltig. Vielleicht könnte man in Davos 2021 darüber nachdenken.

Lüge vom ewigen Mehr

von Dennis Meadows

Die menschliche Spezies besiedelt die Erde seit etwa 15.000 Generationen. Bis zum Jahr 1750 gab es praktisch keinerlei Wachstum der Wirtschaft pro Kopf. Etwa 300.000 Jahre lang erlebten Menschen also keinerlei Verbesserung ihres Wohlergehens. Erst während der vergangenen 15 Generationen – also während 0,1 Prozent der Menschheitsexistenz – bildete sich die allgemeine Anspruchshaltung heraus, dass sich das Leben für alle dauerhaft und rasch zu verbessern habe.

»Alles, was schon mal geschehen ist, kann wieder geschehen«, sagte der Physiker Amory Lovins. Insofern ist es für Menschen sozial und psychologisch zweifellos möglich, ganz ohne Wachstum zu leben. Allerdings ist es für sie politisch und wirtschaftlich unmöglich, sich aktiv für diese Möglichkeit zu entscheiden: Politiker benötigen die Aussicht darauf, dass es später mehr geben wird, wenn sie die Zustimmung für Vereinbarungen, nach denen es jetzt etwas weniger geben wird, nicht verlieren wollen. Finanzinvestoren müssen versprechen können, dass es morgen für alle mehr gibt, um die Toleranz für ein Finanzsystem, das heute enorme Ungleichheiten schafft, zu bewahren.

Die Lüge vom unendlichen Fortschritt wird im Moment nur dadurch aufrechterhalten, dass Wach-

tum ständig neu definiert wird. Mehr und mehr Gewicht kommt dabei finanziellen Transaktionen zu, die gar kein echtes Wachstum produzieren, sondern bloß der Finanzbranche helfen. Währenddessen verliert die Bereitstellung von Lebensmitteln, Dienstleistungen und Produkten, die wahren Wohlstand schafft, an Gewicht. So wie wir heute Wohlstand messen, steigert es ihn zwar, wenn wir Umweltschäden aufwendig reparieren. Aber es mindert ihn kaum, wenn der Umwelt Schädigungen zugefügt werden.

Tatsächlich geht der wahre Wohlstand des Durchschnittsbürgers schon seit Jahren zurück. Das ist nur noch nicht allgemein anerkannt, weil das Anhäufen gewaltiger Schuldenberge darüber hinwegtäuscht. Im Verlauf dieses Jahrhunderts wird die Allgemeinheit begreifen, dass wir uns in einer Phase des Nullwachstums oder des negativen Wachstums befinden.

Zu sagen, etwas sei möglich und unvermeidlich, ist nur das eine. Es bedeutet nicht, dass es einfach und rasch geschehen wird. Für einen Menschen ist es möglich und einfach, sich entweder rasch auf einem Fahrrad fortzubewegen oder daneben zu stehen, während es sich nicht bewegt. Um aber das Fahrrad zu verlangsamen und abzustiegen, bedarf es beträchtlicher Vorüberlegungen und Fähigkeiten.

Ein enormes Hindernis dafür, dass die globale Gesellschaft die innere Haltung und die Fähigkeit aufbringt, um aus dieser scheinbar rasch wachsenden Wirtschaft auszusteigen, ist Folgendes: Auf kurze Sicht profitiert die globale Machtelite von der großen Aufmerksamkeit, die dem Ausbau des Bruttosozialprodukts zuteil wird. Ebenso profitiert sie vom Versuch, dieses Ziel durch wilde Finanzmaßnahmen zu erreichen. Weil besagte Eliten oft kurzfristig denken, werden sie zu verhindern suchen, dass dieses Wachstum ins Negative verkehrt wird. Dafür werden sie soziale Wohlthaten breiter streuen und sogar Opfer in Kauf nehmen. Und weil sie weiterhin enormen Einfluss haben, gehe ich davon aus, dass diese Eliten noch einige Jahrzehnte lang die Oberhand behalten werden.

Das bedeutet aber nicht, dass das Wachstum bis in alle Ewigkeit fort dauert. Vielmehr wird der Gesellschaft das Ende des Wachstums aufgezwungen werden – durch Mangel an klassischer Energie, schlechtere Qualität der Natur, durch zunehmende Störungen wegen des Klimawandels, den Verlust von Ackerland, steigende Kosten dank Umweltauflagen. Und vielleicht auch durch zivile Unruhen.

In welche Richtung also steuern wir? In den kommenden beiden Jahrhunderten werden die Weltbevölkerung, ihre Energiereserven und ihr Ressourcenverbrauch deutlich schrumpfen – um 50 Prozent oder sogar mehr. Mit wie viel Chaos und Ungerechtigkeit dieser Wandel einhergeht, wird eher von den Qualitäten und den Zielen der künftigen Führungspersonen abhängen als von irgendwelchen Regierungsformen.

Diese Formen werden sich verändern. Menschen werden sich auf Gemeindeebene neu organisieren, um ihr Leben und ihr Auskommen zu sichern. Sie werden sich für politische Schritte entscheiden, die eher die Widerstandsfähigkeit stärken als das Wachstum fördern. Stammesmodelle haben unserer Spezies viel länger erfolgreich gedient als Staatsmodelle wie Monarchie, Autokratie, Oligarchie oder Demokratie. Ich schätze, sie setzen sich auch künftig wieder durch.

Diese Wende würde hart

von Robert Solow

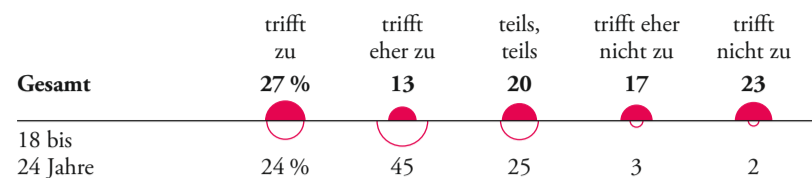
Muss eine industrielle kapitalistische Volkswirtschaft wachsen, um überleben zu können? Ich habe diese oft gestellte Frage immer mit »Nein« beantwortet. Denn die Vorstellung, eine kapitalistische Volkswirtschaft träte erfolgreich auf der Stelle, läuft den Vorstellungen der Wirtschaftswissenschaften nicht zuwider. Wie jede andere Wirtschaft auch müsste sie natürlich mit einer Finanz- und Geldpolitik einhergehen, die stabilisierend einwirkt, und es könnte sich ein besonderes Bedürfnis nach der Förderung sozialer Mobilität abzeichnen. Aber im Grunde hängt nichts von der absoluten Größe einer Volkswirtschaft ab.

Entschließt sich der Großteil einer Bevölkerung, ihren »ökologischen Fußabdruck« zu reduzieren, indem sie weniger materielle Güter konsumiert und verstärkt auf Freizeit und Dienstleistungen setzt, spricht aus wirtschaftlicher Sicht also absolut gar nichts dagegen, nach diesem Entschluss zu handeln.

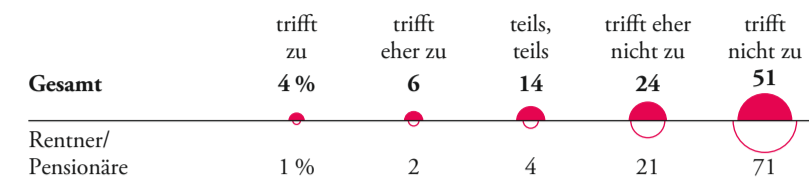
Die zentralen Probleme bei einer derartigen Massenentscheidung lauern aus meiner Sicht in der Übergangsphase, im Umsteigen von einer »großen« wachsenden Volkswirtschaft hin zu einer »kleinen« statio-

GEHT WOHLSTAND AUCH MIT WENIGER KONSUM?

Ich freue mich auf die Zeit, wenn wieder Shopping-Touren ohne Einschränkungen möglich sind.



Ich habe während der Corona-Pandemie verstärkt online eingekauft und werde das auch zukünftig beibehalten.



nären, die deutlich weniger auf die Herstellung materieller Güter ausgerichtet ist. Die Politik stünde beim Versuch, einen derartigen Übergang erfolgreich hinzubekommen, unter beträchtlichem Druck – und einige ihrer Aufgaben wären sehr ungewöhnlich.

Beschließt man, den ökologischen Fußabdruck zu verkleinern und entsprechend weniger Güter herzustellen, dürfte dies mit einer geringeren Nachfrage nach Arbeitskräften und gleichzeitig einem geringeren Angebot an Arbeitskräften (bei größerer Nachfrage nach Freizeit) einhergehen. Diese Faktoren heben einander nicht automatisch auf, vermutlich wird die Politik an dieser Stelle einschreiten müssen. Selbst wenn der Arbeitsmarkt insgesamt ausgeglichen wäre, könnte es regional durchaus starke Diskrepanzen geben: Starker Arbeitslosigkeit im Bergbau oder in Industriegebieten stünde möglicherweise ein Mangel an Erwerbstätigen in angesagten Touristenregionen gegenüber. Diese Missverhältnisse lassen sich in den Griff kriegen, aber die Politik wird dafür aktiv werden müssen.

Ich habe noch nicht darüber nachgedacht, wie eine Gesellschaft dann mit den großen Mengen stillgelegter Fabriken umgehen sollte, die aller Voraussicht nach auch nicht wieder in Betrieb genommen würden. Das würde zur Herausforderung – wobei einige der Gerätschaften eventuell an ärmere Länder verkauft oder verschrotet werden könnten.

Ein kniffligeres Problem der Übergangsphase ist finanzieller Natur: Wie geht man mit den großen Mengen an privaten Schulden von Bürgern und Firmen um, die nicht länger tragfähig sind? Voraussichtlich haben Schuldner und Gläubiger in Erwartung rentabler Industrieprojekte einen Haufen Darlehensvereinbarungen getroffen und Anleihen auf den Weg gebracht. Aber die Entwicklung hin zu einer weniger warenorientierten Wirtschaft macht solche Erwartungen zunichte. Das könnte eine große Zahl an Firmenpleiten und Konkursen nach sich ziehen.

Großflächige Störungen wären also unvermeidbar, es sei denn, man schreibe rechtlich vor, wie mit derlei Schulden umzugehen sei – welcher Anteil also von wem zu begleichen oder aufzugeben wäre. Dieses System wäre im Wesentlichen willkürlich, doch man könnte es zumindest als einen Versuch annehmen, die Lasten gerecht zu verteilen. Im Idealfall lässt sich eine breite Zustimmung für eine allgemeine Formel erzielen. Aber das ist nicht gewiss. Vermeiden ließe sich diese Schwierigkeit vielleicht, indem man die Kehrwende zum Weniger frühzeitig ankündigt, dann bauen sich erst gar keine falschen Hoffnungen auf.

Ein weiteres Problem ergäbe sich beim Umgang mit dem angesammelten Vermögen. Teile davon dienen der privaten Altersvorsorge. Aber wenn die Gesellschaft weniger konsumieren will, müssen auch solche – für den künftigen Konsum vorgesehenen – Vermögen im selben Maße schrumpfen. Das ist nur logisch.

Ein großer Vermögensverlust ist indes gar nicht für eine bestimmte Nutzung in der Zukunft vorgesehen, etwa bei sehr reichen Bürgern. In unserer Zeit exzessiver und zunehmender Ungleichheit werden Vermögen oft angehäuft, bloß um Macht und Einfluss auszudehnen. Und dieser Einfluss könnte wachsen, wie ein einfaches Beispiel zeigt: In einem Land mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 50.000 Euro vermag ein Vermögen von einer Milliarde Euro 20.000 durchschnittliche Jahreseinkommen zu »kaufen«. In der geschrumpften Wirtschaft liegt das Haushaltseinkommen vielleicht nur noch bei 40.000 Euro – begleitet von höherer Zufriedenheit dank nicht vermarktbarer Aktivitäten. Dieselbe Milliarde Euro kann jetzt aber 25.000 Jahreseinkommen »kaufen«. Die »Wende zu Weniger« vergrößert also die Reichweite des Wohlstands – das ist als Warnung zu verstehen!

Das ich hier Probleme aufzähle, die beim Übergang (und wohl gemerkt nur beim Übergang!) hin zu einer Wirtschaft des »Weniger ist mehr« einhergehen könnten, soll der grundsätzlichen Idee nichts von ihrem Reiz nehmen. Es ist vielmehr als Mahnung gedacht, dass die Entschlossenheit, unseren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, mit demselben Maß an Entschlossenheit einhergehen muss, politische Schritte zu planen und zu improvisieren, die uns auf gerechte und wirksame Weise von hier nach da bringen.

Freiheit für Konsumenten

von Clemens Fuest

Es gehört zu Wirtschaftskrisen, dass über fallende Produktion und Beschäftigung geklagt und gefordert wird, die Wirtschaft möge schnell wieder wachsen. Aber ist es wirklich so schlimm, wenn das Wachstum aufhört? Der wirtschaftliche Einbruch während des Shutdowns hat zwar viele Menschen unter Stress gesetzt. Für andere war die Unterbrechung aber eine willkommene Atempause. Auch sank die Belastung der Umwelt durch Abgase und Lärm spürbar.

Könnte weniger oder kein Wachstum also ein Modell sein für die Zukunft?

Wachstumskritiker argumentieren schon seit Langem, natürliche Ressourcen seien endlich und eine expandierende Wirtschaft nicht ohne Umweltzerstörung zu haben. Außerdem wäre das Leben gesünder und harmonischer, wären wir weniger darauf fixiert, immerzu zu leisten, zu produzieren, zu konsumieren.

Aus ökonomischer Sicht ist die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts kein Selbstzweck. Die Wirtschaftsleistung wächst, wenn mehr investiert oder gearbeitet wird. Mehr zu investieren heißt aber gleichzeitig, momentan auf Konsum zu verzichten. Mehr zu arbeiten bedeutet, Freizeit zu beschneiden. Es wäre also – von dieser Warte aus gesehen – ineffizient, Menschen dazu zu bewegen, mehr zu investieren oder länger zu arbeiten, als sie wollen. Ist ein Winter besonders kalt und wird mehr Heizöl verbrannt, steigt das Bruttoinlandsprodukt – das heißt aber nicht, dass damit der Wohlstand steigt. Wenn durch Ressourcenverbrauch Kosten entstehen, die den Verursachern nicht zugerechnet werden, beispielsweise Luftverschmutzung oder die Erwärmung des Klimas, dann ist die Wirtschaftsleistung sogar ineffizient hoch.

Allerdings beruht dauerhaftes Wachstum nicht darauf, dass Menschen immer mehr arbeiten oder Kapital akkumulieren. Tatsächlich sinkt die Arbeitszeit mit steigendem Wohlstand. Reife Industriestaaten investieren einen kleineren Anteil ihres Einkommens als Schwellenländer. Wachstum hängt auch nicht davon ab, dass natürliche Ressourcen zunehmend ausgebeutet oder die Umwelt noch mehr belastet wird. Wenn Länder sich wirtschaftlich entwickeln, steigt die Umweltbelastung üblicherweise zunächst, sie sinkt aber wieder, wenn ein gewisses Wohlstandsniveau überschritten ist. Dauerhaftes Wirtschaftswachstum entsteht vor allem, indem neues Wissen geschaffen und genutzt wird. Technischer Fortschritt, Ausbildung und perfektionierte Formen der Organisation des Wirtschaftens ermöglichen es, Ressourcen effizienter einzusetzen. Klimaschutz durch CO₂-neutrale Wirtschaft wird erst durch Innovationen möglich.

Was geschähe, wenn nach Corona viele Menschen beschließen, weniger zu konsumieren und zu arbeiten, sodass trotz technischen Fortschritts das Wachstum aufhört? Im Prinzip ist ein marktwirtschaftliches System in der Lage, sich an derlei Änderungen individueller Wünsche schnell anzupassen. Folgen ergäben sich allerdings nicht nur für jene, die freiwillig weniger arbeiteten: Da in einem solchen Fall mit sinkenden Erwerbseinkommen weniger Steuern und Sozialabgaben anfallen, hat der Staat auch weniger zu verteilen. Die Empfänger staatlicher Leistungen müssen den Gürtel also enger schnallen – und das nicht freiwillig. Weniger Wachstum bedeutet auch: schlechtere medizinische Versorgung, weniger öffentliche Leistungen, Ausdünnung der Infrastruktur, weniger geförderte Kultur, Wissenschaft und Bildung.

Ist zu erwarten, dass es dazu kommt? In Krisen wird viel darüber geredet, dass künftig alles anders sein könnte. Tatsächlich aber kehren die meisten rasch zu ihren alten Gewohnheiten zurück. Dass einige unter uns mehr arbeiten und konsumieren, als es anderen sinnvoll erscheint, gehört zu einer freien Gesellschaft. Wirtschaftswachstum ist letztlich das Ergebnis individueller Entscheidungen von Menschen mit unterschiedlichen Wünschen und Bedürfnissen. Das ist auch gut so.

Der Staat greift durch

von Mariana Mazzucato

DIE ZEIT: Frau Mazzucato, wie würden Sie den Kapitalismus verändern, um ihm den Wachstumsdruck zu nehmen?

Mariana Mazzucato: Ich halte das für die falsche Frage. Das Problem ist nicht die Wachstumsrate, sondern was das bessere Maß für Wachstum, die bessere Richtung für Mensch und Planeten ist.

ZEIT: Das System ist also gar nicht kaputt?

Mazzucato: Es ist extrem fehlerhaft aufgrund der Entscheidungen, die wir treffen, und der Strukturen, die wir schaffen. Die richtige Frage ist: Was brauchen wir, um genau die Wirtschaft und damit auch genau jenes Wachstum zu bekommen, das wir wollen? Das ist aber etwas ganz anderes, als das Wachstum abzuschaffen. Solche Forderungen kommen von Leuten, die sich nicht um Jobs und Ungleichheit kümmern. **ZEIT:** Die meisten, die heute über Wachstum reden, meinen: mehr Bruttoinlandsprodukt ...

Mazzucato: Das steigt, wenn wir durch Produktion die Umwelt verschmutzen, und sinkt, wenn Sie Ihre Babysitterin heiraten, weil die dann zwar weiter arbeitet, aber keinen messbaren Lohn mehr dafür bekommt. Schlimm. Wir wissen einfach nicht, wie wir das Sich-Kümmern um andere oder um öffentliche Güter wie Parks und Natur bewerten sollen. So wie wir heute Wachstum messen, erfassen wir einige der essenziellen Teile unserer Wirtschaft nicht oder nur unzureichend. Nehmen wir nur die Arbeitnehmer, die uns während der Corona-Krise als besonders wichtig erschienen.

ZEIT: Pflegekräfte zum Beispiel.

Mazzucato: Ja. Wenn die unterbezahlt sind und in zerfallenden Institutionen arbeiten, dann deshalb, weil wir ihre Tätigkeit nicht richtig wertgeschätzt haben. Wenn diese Dienste besser bezahlt würden und die Institutionen aufblühten, würden wir wahrscheinlich finden: gut so! Anders hielten wir es etwa bei Finanzdienstleistern. Der Großteil ist nicht dazu da, um die Wirtschaft voranzubringen, sondern um dem Finanzsektor selbst zu nutzen. Das sollte nicht Teil unserer Wachstumsbemessung sein. Wir brauchen also andere Ziele und dafür andere Arten der Produktion, des Konsums, der Verteilung.

Die Ökonomen



Tim Jackson ist ein britischer Professor für Nachhaltige Entwicklung an der Universität von Surrey



Dennis Meadows rüttelte die Welt 1972 mit der Studie über die »Grenzen des Wachstums« auf



Robert Solow erhielt 1987 den Nobelpreis für seine Forschung über das Wachstum



Clemens Fuest ist seit 2016 Präsident des Münchner ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung



Die italoamerikanische Ökonomin Mariana Mazzucato forscht am University College London



Der New Yorker Professor Jeffrey Sachs hat unzählige Länder sowie die Vereinten Nationen beraten



Die deutsche Ökonomin Claudia Kemfert ist eine führende Energieexpertin in der Bundesrepublik

ZEIT: Noch genauer: Welche Art von Wachstum wollen Sie?

Mazzucato: Es muss nachhaltig sein, grün und inklusiv. Und dafür muss der Staat durchgreifen. Schauen Sie mal auf die Impfstoffentwicklung, die der Staat mitfinanziert. Ändert er das Patentsystem nicht, gewinnen am Ende nur die Privatfirmen. Das ist oft so. Der Staat finanziert Innovationen, die sich seine Bürger dann nicht leisten können, weil der öffentliche Beitrag nicht entlohnt wird.

ZEIT: Die Umweltverschmutzung wächst. Warum sollen wir glauben, dass der Planet auf Ihre Art zu retten ist?

Mazzucato: Die Investitionen müssen in eine andere Richtung gehen. Weg von fossiler Energie hin zu grüner Energie. Dafür müssen wir den Gebrauch von Material höher besteuern im Vergleich zu Arbeit. Wir haben immer noch das falsche Steuersystem. Das ist ein Teil des politischen Versagens. **ZEIT:** Was sich nicht so einfach ändert. Wäre nicht doch die Wende zum Weniger der bessere Weg?

Mazzucato: Obwohl das politische System versagt hat, will doch niemand die Politik aufgeben. Aber Sie sagen, weil das Wirtschaftssystem versagt, geben wir jede Art von Wachstum auf.

ZEIT: Wachstumsgegner halten einen Teil unseres Konsums für unnötig ...

Mazzucato: ... haben Sie eine Ahnung, wie viele Menschen in London kein Essen auf den Tisch kriegen? Wie viele Kinder hungern, weil ihre Eltern die Arbeit verloren haben? Da reicht es nicht, auf den Neoliberalismus zu schimpfen. Da muss man sich die Hände schmutzig machen und realen Wandel für ein anderes Wachstum schaffen. Das ist übrigens deutlich einfacher, als die Wirtschaft spürbar zu schrumpfen. **ZEIT:** Unterm Strich: Welche drei konkreten Maßnahmen müssen wir ergreifen?

Mazzucato: *Erstens* müssen wir die Unternehmen dazu bringen, für alle betroffenen Akteure da zu sein und so zu handeln, dass es Mensch und Umwelt hilft – und zwar entlang der gesamten Produktionskette, sonst erhalten sie keinen Cent vom Staat mehr: keine Subvention, kein Rettungsgeld, keine Kreditgarantien. *Zweitens* müssen die Regierungen als Mitgestalter der Wirtschaft deutlich ambitionierter werden und sich neue Ziele setzen. So wie in Schweden, wo die Idee eines CO₂-freien Wohlfahrtsstaates existiert. Buchstabieren Sie aus, was das heißt – und setzen Sie es um! *Drittens* muss die Mission der Veränderung in der Gesellschaft verankert sein. Historisch kommt der Systemwandel von Bewegungen, die für Veränderung kämpfen. Also sollten wir Greta und Co. nicht den Kopf tätscheln, sondern ihnen zuhören und mit ihnen arbeiten.

Engagierte Bürger, bitte!

von Jeffrey Sachs

Die erste und wichtigste Frage lautet: Welche Zukunft sollten wir uns wünschen? Und als Antwort schlage ich vor: eine Zukunft, die sozial gerecht ist – die also universelle Rechte auf Gesundheit, Bildung, sozialen Schutz, anständige Arbeit und angemessene Freizeit für alle Menschen gewährleistet und nachhaltig mit der Umwelt umgeht. Eine derartige Zukunft zu erschaffen setzt viel Wachstum in bestimmten Bereichen voraus, beispielsweise bei erneuerbaren Energien, Elektromobilität und mehr pflanzlichen Proteinen in unserer Ernährung. Dafür viel weniger Wachstum etwa im Bereich fossile Brennstoffe, Fleischkonsum und Verpackung. Milliarden Menschen haben keinen angemessenen Zugang zu grundlegender Infrastruktur und Versorgung mit Strom, schnellem Internet, sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen, Bildung und medizinischer Betreuung. Gerade da gehört zu einer wünschenswerten Zukunft eine Menge mehr und nicht weniger. Der Energieverbrauch etwa wird in der Summe steigen, aber es müssen erneuerbare Energien sein. All das erfordert gewaltige öffentliche und private Investitionen.

Kurzum: Unsere Kennwörter sollten »Wohlstand«, »Fortschritt« und »Wandel« anstelle von »Bruttoinlandsprodukt«, »Wachstum« und »Expansion« sein. Wir benötigen einen Strukturwandel und neue Technologien, keine Stagnation und kein Postwachstum. Wie aber muss ein Wirtschaftssystem dann beschaffen sein?

Erstens gehört dazu neben staatlichem und privatem Besitz ein dritter Sektor: die engagierten Bürger. *Zweitens* ist Kapitalismus, bei dem die Unternehmen in Gesetz und Praxis ihrer Verantwortung und ihren Verpflichtungen gegenüber allen Betroffenen nachkommen. *Drittens* ein erheblicher Einkommenstransfer, damit alle ihre Grundbedürfnisse erfüllen können.

Dieses System muss subsidiär wirken: Einige Aspekte des Wirtschaftslebens werden auf globaler Ebene geregelt (etwa durch das Pariser Klimaabkommen), viele werden auf regionaler Ebene geregelt (etwa der europäischen Green Deal) und der Rest auf Ebene der Nationen, Bundesländer und Kommunen.

Auch die Verteilung staatlicher Mittel muss man neu organisieren. Deutlich mehr Geld muss auf globaler und regionaler Ebene ausgegeben werden. 75 Jahre nach der Gründung der Vereinten Nationen müssen wir unsere globalen Institutionen finanziell aufrüsten, anstatt sie auszuhungern, wie das die US-Regierung

derzeit offenbar beabsichtigt. Wir müssen internationale Steueroasen abschaffen und die Digitalwirtschaft besteuern, um über öffentliche Mittel die gewünschte Welt zu realisieren. Es ist weder rechtlich noch vertretbar, dass ein Jeffrey Bezos von Amazon heute ein Nettovermögen von 161 Milliarden Dollar besitzt.

Auf globaler Ebene kommt die Europäische Union dieser Vision derzeit am nächsten, auch wenn sie alle offenkundigen Probleme aufweist, die mit supranationaler Führung, Finanzierung und Sicherheitspolitik einhergehen. Europa hat nun die Chance, durch seine Diplomatie und vor allem durch seine Zusammenarbeit mit China, Afrika und anderen Regionen auf jene Zukunft hinzuwirken, die wir erreichen wollen.

Die USA sind aktuell weit vom Kurs ab. Die Denkweise des Landes – und weiter Teile der amerikanischen Öffentlichkeit – ist gefangen in der Illusion einer globalen Hegemonie, die auf einem hochgradig ungleichen und unnachhaltigen Wirtschaftsmodell beruht. Die Menschheit steht vor der geopolitischen Herausforderung, sich auf eine multipolare Welt umzustellen, bei der es um Zusammenarbeit geht anstatt um kalte Kriege, schädliche Konkurrenzkämpfe und den Glauben, dass, wer Macht besitzt, sich alles erlauben könne.

Bloß kein Weiter-so

von Claudia Kemfert

Hammer und Tanz« heißt die Methode, der Covid-19-Pandemie zu trotzen, zu der sich auch Deutschland entschlossen hat. Hammer als konsequenter Lockdown, um die Infektionszahlen rasch senken. Tanz als langsame Öffnung des Gesellschaftslebens und als schwungvoller Walschritt für die Wirtschaft. Dies könnte auch zum Motto einer fundamentalen Transformation der westlichen Wirtschaft werden.

Bis vor Kurzem dominierten in der Wirtschaft und ihren Wissenschaften die Weiter-so-Traditionalisten mit ihrem Glauben an die unsichtbare Hand des Marktes. Doch so, wie sich in der Pandemie das Vertrauen auf wundersame Selbstheilungskräfte als fahrlässig erwies, zeigt sich in der Wirtschaft: Der Glaube an die fossile Industrie zerstört unsere Lebensgrundlage.

Ein Weiter-so ist unvorstellbar. Die Wunden des alten Wirtschaftssystems sind nicht mehr zu leugnen: Es ist sozial ungerecht, es schadet dem Planeten. Doch der Stillstand wie unter Corona ist auch keine lebenswerte Zukunftsvision, auch wenn einige ihn dazu erklären wollten. Videokonferenzen statt Businessflüge, gemütliches Radfahren statt kilometerlanger Autostaus, Gartenarbeit statt Einkaufsbummel – das alles mag schön sein. Doch die Keirseite hieß für viele: depressive Isolation. In einer Welt ohne Theater, Konzerte, Feste mag niemand leben. Wir wollen tanzen und können es auch. Nur müssen wir den zerstörerischen fossilen Pogo beenden und endlich einen ökologischen Tango im Einklang mit der Natur beginnen.

Das heutige Wirtschaftssystem gilt es, so umzugestalten, dass wir immun werden gegen die Viren der Gier und der Verschwendung und die durch sie verursachten Krankheiten. Das Problem ist dabei das Primat der (fossilen) Wirtschaft, welche sich von jeglichen Idealen des Humanismus entfernt hat. Auf Kosten sozial Schwächerer, der Umwelt und des Klimas stellt es den übermäßigen Gewinn von heute zukünftigen Generationen in Rechnung.

Der Lockdown der fossilen Welt ist daher geboten. Er muss nicht mit dem großen Hammer erfolgen, aber wir brauchen systematisch kleinere Schläge in den nächsten zehn Jahren: den sofortigen Abschied von der riskanten Atomenergie, ein schnelles Ende von Fracking und jeglicher Öl- und Gasförderung, den konsequenten Kohleausstieg. Es braucht eine Ökonomie, die unsere planetaren Grenzen einhält und das Wachstum der Menschen – nicht das des Geldes! – und deren Gesundheit in den Fokus rückt.

Drei Strategien sind dabei miteinander zu verflechten: Effizienz, also mit möglichst wenig Ressourcenverbrauch ans Ziel zu kommen; Genügsamkeit, also Konsumbewusstsein, das seine Folgen einbezieht; Kreislaufwirtschaft, wie sie die Natur uns so wunderbar vormacht: eine Welt ohne Abfälle, in der alles wiederverwertet wird.

Es geht um eine Ökonomie, die Unternehmen nicht im Wettbewerb um größtmöglichen Gewinn gegeneinander antreten lässt, sondern die dafür sorgt, dass sie kooperieren – mit dem Ziel größtmöglichen Gemeinwohls. Dann würden vor der Tagesschau nicht mehr die Börsenkurse präsentiert, sondern die Sauberkeit der Luft, der Anteil erneuerbarer Energien, der Ressourcenverbrauch.

Ein Wirtschaftswachstum, das den Planeten nicht zerstört, sondern ihn belebt, ist denkbar. Vom Shareholder-Value-Denken wenden sich einige Konzerne schon zaghaft ab. Sie versuchen, neuartige und nachhaltige Bilanzierungsverfahren zu etablieren. Nicht das Wirtschaftswachstum ist dann Maßstab für Wohlstand, sondern die Gesundheit von Mensch und Umwelt. Genau wie wir gerade alles Tun unter das Prüflicht epidemiologischer Erkenntnisse stellen, würden wir in dieser Zukunft jegliches Wirtschaften durch die Brille der Nachhaltigkeit beurteilen.

Aus dem Englischen von Matthias Schulz